

06.12.2017

Kleine Anfrage 598

der Abgeordneten Christina Weng (SPD)

Exzessiver Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen

Der Berichterstattung der Deutschen Presseagentur (dpa) zufolge hat in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Kalenderjahr bei Kindern und Jugendlichen die Häufigkeit von Krankenhauseinlieferungen infolge exzessiven Alkoholmissbrauchs wieder leicht zugenommen. Die genannte Nachrichtenagentur bezieht sich in ihrer Zusammenfassung Nr. 1100 vom 29. November 2017 dabei auf eine Statistik des Statistischen Bundesamtes und der DAK-Gesundheit. Auf dieser Agenturmeldung basiert aktuell ein breites Medienecho zur plakativen Causa „Komasaufen bei Kindern und Jugendlichen“.

Demnach kamen in unserem Bundesland im Jahr 2016 fast 5200 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren aufgrund von Alkoholvergiftungen in ein Krankenhaus. Dies entspricht einem Anstieg um 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Erschreckend ist der Anstieg der Einweisungen bei den 10- bis 15-jährigen: Insgesamt mussten 611 Kinder und Jugendliche (davon 397 Mädchen und 214 Jungs) infolge exzessiven Alkoholmissbrauchs im Krankenhaus behandelt werden – ein Anstieg von 2 % gegenüber 2015. Dabei stieg die Zahl der volltrunkenen Jungen um 8 %, wobei die der Mädchen leicht rückläufig war. Allerdings, so dpa, trinken sich immer mehr Mädchen ins Koma: Bei den 10- bis 20-jährigen Mädchen und jungen Frauen stiegen die statistischen Werte um 3,8 %. Hingegen seien sie bei den männlichen Altersgenossen um 2,1 % rückgängig.

Nach dem Höchststand von knapp 6230 jungen Exzess- bzw. Komatrunkenden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011 sank die Rate auch dank der Aufklärungskampagnen der damaligen Landesregierung und der Krankenkassen. Doch seit 2014 ist wieder ein erneuter Anstieg zu beobachten.

Sowohl der vormalige Landtag (fraktionsübergreifend) als auch die rot-grüne Landesregierung haben seit 2012 diesen brisanten Tatbestand immer wieder fokussiert, ausführlich erörtert und publik gemacht (vgl. Vorlage 16/176, Ausschussprotokoll 16/46 – S. 26, Ausschussprotokoll 16/175 - S. 29 f., Vorlage 16/1580 und Information 16/437).

Datum des Originals: 05.12.2017/Ausgegeben: 07.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Im „Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017 – 2022“ ist lediglich eine allgemeine Absichtserklärung enthalten, dass die nun regierungstragenden Fraktionen die Prävention stärken wollen. Etwa durch „Prävention in der Drogenpolitik“ und den Einsatz „für wirksame Aufklärungsprogramme in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Schule“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie stellt sich aus Sicht der Landesregierung die aktuelle Situation in NRW dar? Bitte bewerten Sie auch die Effizienz bzw. den Erfolg von Suchtvorbeugung seit dem Jahr 2012 bis heute.
2. Welche der bestehenden, konkreten Aktivitäten und Maßnahmen des Landes seit 2012 z.B. Kampagnen, Angebote, Aufklärung, Information, Intervention, Prophylaxe, Vernetzung, Zielgruppenarbeit usw. wird die Landesregierung fortsetzen oder vertiefen?
3. Plant die Landesregierung darüber hinaus zusätzliche konkrete Maßnahmen, Kampagnen oder Aktionen zur Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen und wenn ja welche?
4. In welchem Zeitraum erscheint sowohl der nächste schriftliche Bericht gegenüber den parlamentarischen Gremien als auch die nächste praxistaugliche Publikation zur Vorbeugung von und dem Umgang mit exzessiven Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen?
5. Die Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Alkoholvergiftungen bindet ärztliche Kapazitäten in den Krankenhäusern, insbesondere in den Notaufnahmen. Diese Kräfte stehen dann anderen, teils schwer erkrankten oder verletzten jungen Menschen, nicht zur Verfügung. Vor allem an Wochenenden, wenn die Personaldecke noch ausgedünnter ist, kann das zu Engpässen mit gravierenden Folgen führen. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die zeitnahe Versorgung von allen Patientinnen und Patienten – vor allem am Wochenende – in Kliniken und Kinderkliniken sicherzustellen?

Christina Weng